

Kraukauer Zeitung.

Nr. 273.

Montag den 28. November

1864.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Freitage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraukau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Casse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Kr., im Anzeigebrett für die erste Einrückung 3 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Rudwiger. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

3. 3596.

Das Kraukauer k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium hat die bei diesem k. k. Oberlandesgerichte erledigten zwei Officialsstellen dem verfügbaren Officialen Alexander Krywald und dem Accessisten des k. k. Landesgerichtes in Kraukau Joseph Janusz zu verleihen befohlen.

Kraukau, den 26. November 1864.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Cabinetsschreiben vom 20. November d. J. Allerhöchstem Generaladjutanten, wirklichen Kämmerer und Generalmajor, Carl Grafen Goubenohve, die geheime Rathswürde mit Rücksicht der Taren allergnädig zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. November d. J. dem Wiener Seidenzeugfabrikanten, Franz Wofitz, in Anerkennung seiner vielfährigen verdienstlichen Thätigkeit, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädig zu verleihen geruht.

Die zufolge der Verlautbarung in der „Wiener Zeitung“ vom 23. d. M. notwendige Reduktion der Einzeichnungen auf das Subscriptionsanleihen von 25,000,000 fl. wird in folgender Weise vorgenommen werden:

1. Einzeichnungen von und unter 10,000 fl. werden nicht reducirt;
2. Einzeichnungen über 10,000 fl. bis einschließlich 23,000 fl. werden auf 10,000 fl. reducirt;
3. alle höheren Einzeichnungen werden auf vierundvierzig Percent des subscibirten Betrages reducirt, wobei die sich ergebenden Beträge von und unter 50 fl. unberücksichtigt bleiben, Beträge über 50 fl. hingegen mit 100 fl. angerechnet werden.

Wien, den 26. November 1864.

Vom k. k. Finanzministerium.

Stand

Der im Umlaufe befindlichen Münzschneide. Der Gesamtbetrag der zu Ende October 1864 im Umlaufe befindlichen Münzschneide betrug in 42,0713 fl.

Wien, den 25. November 1864.

Vom k. k. Finanzministerium.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 28. November.

Ueber die Frage der Fortdauer der Bundesexecution erhält die Bank- und Handels-Zeitung ein Schreiben aus Wien, worin es heißt: „Wenn Oesterreich seine Hand verlegt, um die Aufhebung der Bundesexecution in Holstein in Güte oder Gewalt herbeizuführen, so ist damit nicht gesagt, daß man hier entschlossen sei, Preußen zu hindern, wenn es zur Erreichung dieses Zweckes auf eigene Hand und Gefahr vorginge. Ich glaube selbst das Gegentheil annehmen zu dürfen, und irre ich nicht, so sind die Verhandlungen mit dem Berliner Cabinet zu diesem negativen Resultat gediehen. Man weiß davon in Dresden so gut wie in Hannover, und man weiß so gut hier, wie in Berlin, daß, wenn Preußen ernstlich die Räumung Holsteins von den Executionstruppen fordert, diese gehen werden, selbst wenn der Bund die Fortdauer der Execution beschlösse. Die Sache wird sich — gültlich oder nicht — aber ohne Schwierigkeiten ordnen.“ Wir glauben vor der Hand noch nicht daran, daß das Wiener Cabinet diese Politik des laisses aller verfolge.

Nach dem Münzb. Corr. sollen die Mittelstaaten sich darüber geeinigt haben, daß 1) die Execution zwar als erledigt anzusehen, die Bundesstruppen jedoch, behufs Wahrung der in Frage kommenden Interessen, Rechte und Pflichten des Bundes aus den Herzogthümern nicht zurückzuziehen, sondern in denselben und zwar bis zur endgiltigen Erledigung der Successionsfrage zu belassen seien; daß 2) die Kosten für die fernere Unterhaltung der Bundesstruppen in den Herzogthümern nach Maßgabe der Bundesartikel auf die einzelnen Bundesregierungen zu repariren seien; und daß endlich 3) diese Unterhaltungskosten, wenn der Punct ad 2 auf Widerstand stoßen oder sich nicht alsbald realisiren lassen sollte, vorläufig und vorbehaltlich einer späteren Liquidation von den Mittelstaaten und den sich denselben etwa sonst noch anschließenden Staaten allein aufgebracht werden sollen.

Die Nordd. Allg. Ztg. vom 26. d. meldet: Die preussischen Truppen, so weit sie den Boden der Herzogthümer noch nicht verlassen, seien befehligt worden, bis auf weiteres dort zu verbleiben. Die 13. bei Minden concentrirte Division soll dort verbleiben. Die 6. Division, die bereits zum größten Theile auf preussischem Boden angelangt ist, wird bei Berlin concentrirt werden. Prinz Friedrich Carl behält den Oberbefehl in den Herzogthümern, bis der Befehlswechsel vollzogen sein wird. Die spätere

Uebertragung des Oberbefehls, auch über die österreichischen Truppen, an General Herwarth von Bittenfeld wird erwartet, ist aber noch nicht ausgesprochen.

Eine tel. Depesche der „Schles. Ztg.“ aus Berlin vom 26. d. Abends meldet: An der heutigen Börse war die Nachricht von der Eistirung des Rückmarsches der Truppen aus den Herzogthümern schon bekannt, machte jedoch keinen Eindruck. Man setzt die Maßregel in Beziehung zu dem Auftreten der Mittelstaaten. Die Einquartirung der Gardetruppen ist hier bereits abgesetzt.

Die Berliner „Mitt. Blätter“ melden, daß die zur Besetzung der Herzogthümer abrückenden preussischen Regimenter sich so einzurichten haben, um vorläufig drei Jahre in den Herzogthümern zu bleiben.

Aus Hannover vom 26. wird officiell gemeldet: Nach einem in Kiel getroffenen Abkommen werden morgen in Rendsburg ein Bataillon Hannoveraner und zwei Compagnien Sachsen einrücken und preussischerseits mit militärischen Ehren empfangen werden. Die Bundesstruppen besetzen einen selbstständigen Stadttheil ausschließlich und unabhängig vom Commando der Allirten.

Die vereinigten Bundesauschüsse haben die Civil-Commissäre in Holstein aufgefordert, Bericht zu erstatten über die von ihnen getroffenen Maßnahmen in Bezug auf das Post-, Telegraphen- und Zollwesen, welche Reclamationen am Bunde hervorgerufen haben.

Nach der „N. Pr. Ztg.“ soll die preussische Regierung beabsichtigen, als Vertreterin der Herzogthümer von Sachsen und Hannover die Erstattung der Kosten zu verlangen, welche die Verlängerung der Executionregierung verursacht. Da diese Execution, schreibt die „N. P. Z.“ von Rechts wegen bereits erloschen ist, so hat auch die Execution-Regierung der Commissarien einen rechtlichen Bestand nicht mehr, und die Herzogthümer haben die Kosten dafür nicht zu tragen, sondern diese fallen naturgemäß auf den, der die Execution widerrechtlich fortsetzt. Was aber die ungerechtfertigte Maßregel betrifft, daß die Herren Commissarien Sachsens und Hannovers in Lauenburg den Landzoll aufgehoben, der etwa 10,000 Thaler einbringt, so wird hier der Regress natürlich an das eigene Vermögen der Herren Commissarien zu nehmen sein. Denn ihre Regierungen haben, wie man hört ihnen eine Ermächtigung zu jener Maßnahme durchaus nicht ertheilt, billigen dieselbe auch nicht.

Die Nordd. Ztg. bringt ein Rundschreiben des österreichischen auswärtigen Amtes, in welchem die österreichischen Missionen im Auslande aufgefordert werden, die Consularämter anzuweisen, den Schiffen der Herzogthümer Schleswig und Holstein bis auf Weiteres denjenigen Schutz angedeihen zu lassen, welchen sie in Folge Art. 20 des Vertrages vom 19. Februar 1858 den Schiffen einer Anzahl Zollvereinsstaaten zu gewähren haben.

Nach Berichten aus Frankfurt ist die für die vorgestrichene Bundestagsführung in Aussicht gestellte Vorlage des Friedensvertrages mit Dänemark nicht erfolgt. Wahrscheinlich will man mit dieser Vorlage den Antrag wegen Aufhebung der Bundes-Execution in den Herzogthümern verbinden, über dessen Modalitäten die Großmächte jedoch bekanntlich noch nicht einig sind.

Die oldenburgische Denkschrift, ein lithographirtes Actenstück von mehreren hundert Bogen, kommt in 34 Paragraphen zu folgendem Gesamtergebnis:

1. Die Erbberichtigung zu den Ländern Schleswig-Holstein genießen sämtliche von Christian I. abstammende, derzeit lebende Agnaten des leibverstorbenen Königs Friedrich VII. sowohl gottorp'scher, als sonderburgischer Linie.

2. Die Erbfolgeordnung ist nicht die des gemeinen Rechts, sondern trifft auf Grund der letzten positiven Ausübung des verfassungsmäßigen ständischen Wahlrechts im Jahre 1616, so wie nach Maßgabe des bis zum Jahre 1773 in fortbauender Wirksamkeit gewesenen Communionsverhältnisses und der correlaten königlichen und kaiserlichen Gesamtbelehrung die dem Blute nach fernere Linie vor der näheren, in der berufenen Linie aber wieder der bestehenden Primogeniturordnung gemäß den regierenden Herrn des ältesten gottorp'schen Zweiges, also Se. Majestät Kaiser Alexander II. von Rußland und jetzt dessen verzichtmäßigen Substituten Se. königliche Hoheit den Großherzog Nicolaus Friedrich Peter von Oldenburg, als Repräsentanten der jüngeren gottorp'schen Linie.

3. Das in Anspruch zu nehmende Erbobject bilden die gesammten Herzogthümer Schleswig und Holstein, insonderheit auch der bis resp. 1721 und 1773 im Besitz des Hauses Gottorp befindlich gewesene, im Jahre 1773 durch Renunciation und Cession auf den Mannstamm des glückstädtischen Hauses übergegangene, gegenwärtig aber zurückgefallene Antheil.

4. Ein der Sonderburger Linie etwa zuständiges Revocationsrecht auf die ehemaligen Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst steht außer Beziehung zu dem gegenwärtigen Rechtsstreit.

Beigegeben ist der Denkschrift eine Reihe von Actenstücken, Erb-, Tausch- und Vergleichs-Verträge betreffend. Die Cessionsurkunde des Kaisers Alexander II. an den Großherzog von Oldenburg ist allerdings nicht darunter, dafür beruft sich die Denkschrift darauf, daß dem Bundestag die Anzeige über die erfolgte Cession schon am 23. Juni gemacht worden sei.

Nach der „Weser Ztg.“ nehmen die diplomatischen Verhandlungen über die Herzogthümer keinen besondern Fortgang. Ebenso wenig macht Herr v. Ahlefeldt Fortschritte. Die preussische Regierung hält dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu Pactirungen mit dem Herzog Friedrich nicht für geeignet. Der Oldenburg'sche Begründungsschrift am Bunde liegt nur der Brief des Kaisers von Rußland aus Kissingen vom 19. Juni bei, in welchem derselbe verspricht, nach seiner Rückkehr in seine Hauptstadt den Cessionsact redigiren zu lassen. Dieser Act soll in der That am 25. Septbr. von Petersburg abgegangen, von dem Großherzog jedoch aus gewissen Gründen der Staatschrift nicht beigelegt sein. Ob derselbe nur den großfürstlichen oder gottorp'schen Antheil an Holstein cedirt, ob er Lücken oder restrictive Clauseln enthält, die man geheim zu halten wünscht, darüber verlautet nichts Positives. Jedenfalls wird der Bund Vorlage des Cessionsactes verlangen.

Uebrigens ist ein neuer unvermutheter Präcedent aufgetreten. Die „Hamb. Börsen.“ publicirt fünf Actenstücke, welche die Erbsprüche der Hohenzollern auf die Elbe-Herzogthümer documentiren sollen und Sensation erregen.

Ein Telegramm der „Fr. Postz.“ aus Wien meldet: Der Fürst von Hohenzollern hat dem Kaiser ein Handschreiben des Königs von Preußen überbracht, welches die Hoffnung auf ein dauerndes Einvernehmen auf der bereits gewonnenen Grundlage ausspricht.

Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Dem britischen Reichsminister Lord Napier geht der Ruf voran, daß er es verstanden habe, die Beziehungen der britischen Regierung zu der Regierung, wo er beglaubigt war, freundschaftlich zu gestalten. Man dürfe aus Lord Napier's Ernennung zum britischen Botschafter am preussischen Hof günstige Schlüsse auf das Verhältnis Englands zu Preußen ziehen.

Die „Patrie“ dementirt die von mehreren Blättern gegebene Nachricht, daß der Graf von Sartiges, französischer Gesandte in Rom, durch die Sprache gewisser römischer Blätter veranlaßt worden sei, erste Bemerkungen an das Cabinet des Vaticanus zu richten. Sie glaubt aus der besten Quelle zu wissen, daß in officieller Weise keine Reclamation an den Staatssecretär Sr. Heiligkeit gelangt sei.

Die „Patrie“ vom 22. d. schreibt: Eine uns bei Schluß des Blattes zugekommene Depesche versichert, daß an dem in Wien verbreiteten Gerücht über die Concentrirung eines 60,000 Mann starken russischen Corps in Bessarabien und den östlichen Grenzen Oesterreichs — kein wahres Wort ist. „Erst jetzt!“ setzt der „Dien. Warz.“ hinzu.

Der „Indep. belge“ zufolge hat Mazzini Ordre gegeben, daß das Bandenwesen im Friaul eingestellter werde.

Neuesten Nachrichten aus Constantinopel zufolge ist die Hohe Pforte nicht abgeneigt, auf den Betrag von 9 Millionen Piaster, welchen die serbische Regierung als Entschädigungssumme für die aus dem Belgrader Stadtrayon abgezogenen Civiltürken zahlen will, einzugehen, und so dem sich schon bis zum Ueberdruß hinschleppenden Entschädigungsstreite ein Ende zu machen. Freilich ist dabei nicht zu übersehen, daß auf die türkische Regierung durch die Türken selbst, welche gemäß der Pacifications-Stipulationen aus unserer Stadt abgezogen sind, eine Pession ausgeübt wurde, denn diese armen Leute, welche ihr unbewegliches Eigenthum im Stiche lassen mußten, wollen wenigstens zu der ihnen zugesicherten und auch gebührenden Entschädigung gelangen, und sind mit Beschwerden und Petitionen zu diesem Behufe in Constantinopel eingeschritten.

Aus Constantinopel, 21. November, schreibt man der „G. C.“: Es bedurfte nicht erst der ersten Vorstellungen, welche die russische Regierung durch ihren hiesigen Vertreter, den General Ignatieff, bei der Pforte machen ließ, um dieselbe aufzufordern, den Dingen an der untern Donau ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet zu erhalten. Insbesondere sind gewisse Vorgänge und Vorbereitungen in der Czernagora, die man hier genau verfolgt, weil man ganz

speciell darüber unterrichtet ist. Der Fürst von Serbien, dessen Haltung gegenwärtig bei der Pforte besondere Anerkennung findet, verabsäumt nicht, bezüglich dieser montenegrinischen Dinge den russischen Behörden die nöthigen Aufklärungen zukommen zu lassen und die russische Regierung hinwieder sorgt dafür die Kenntniß der Pforte, die sie aus den Berichten ihrer eigenen Organe schöpft, so weit wie nöthig zu vervollständigen. Für alle Fälle vorbereitet, hat denn auch die Pforte alle geeigneten Maßregeln getroffen.

Ein officiöses Pariser Blatt zweifelt daran, daß die europäischen Mächte den wiedergewählten Präsidenten Lincoln anerkennen dürfen, weil der Süden Nordamerikas nicht mitgewählt habe. Dieses Argument scheint doch mit den Haaren herbeigezogen zu sein; aber es bezeugt doch die hohen Ortes herrschende Unzufriedenheit mit dem Resultate der Wahl in den Vereinigten Staaten.

Gegenüber der Mittheilung, daß Herr Lincoln sich anheischig gemacht haben soll, während der Dauer seiner Präsidentschaft dem mericanischen Kaiserthum nicht entgegenzutreten, erfahren wir, daß er den von Suarez eingeleiteten Consuln das Crequatur ertheilt habe.

„La France“ reproducirt eine an die europäischen Regierungen gerichtete Note der Conföderirten, in welcher sie die Sache, für welche der Süden mit so vieler Energie einsteht, genau präcisirt.

Herr Webb, der nordamerikanische Bevollmächtigte am brasilianischen Hofe, erhielt in Angelegenheit der Florida von der Regierung in Rio de Janeiro eine Note, auf die er seinerseits nicht zögerte zu antworten. Er weist in der Antwortdepesche jede Complicität von seiner Seite mit dem Capitän des „Wassuchetts“ zurück; er anerkennt die Wahrheit der brasilianischen Version von dem Vorfall, sich thatsächliche Berichtigung nichtsdestoweniger vorbehaltend. Seine Regierung habe ihn immer angewiesen, die freundschaftlichsten Beziehungen mit Brasilien aufrecht zu erhalten, aus vielfachen Gründen, die er aufzählt, darunter auch den wichtigsten, daß Nordamerika und Brasilien die zwei mächtigsten Staaten der neuen Welt sind. Von diesen Gefühlen beseelt, habe Herr Webb mit tiefstem Bedauern vernommen, daß ein nordamerikanisches Kriegsschiff ohne speciellen Befehl die Verantwortlichkeit auf sich geladen habe, einen Kreuzer der Rebellen gefangen zu nehmen; er versichert die brasilianische Regierung, daß ihr jede mögliche Genugthuung geboten werden würde, die von der Ehre und der Gerechtigkeit verlangt würden, „schneller und bereitwilliger (more promptly and frankly), als wenn die That in einem Hafen des mächtigsten Seestaates der Welt begangen worden wäre.“

Indef wird jede Genugthuung doch unter Protest gegeben werden, da die Regierung der Vereinigten Staaten nie und nimmer das Recht der Kriegführenden denjenigen einräumen wird, die sich in offener Rebellion gegen sie befinden. Herr Webb beweist in seiner Depesche ausführlich, warum die Conföderirten nicht als kriegführende Macht betrachtet werden dürfen. „Gleichwol“, fährt er dann fort, „sind Brasilien und andere neutrale Mächte zu entscheidigen, da ihnen hierin England mit schlechtem Beispiele voranging.“ Ueberhaupt benützt Herr Webb jede Gelegenheit, um England einen Schlag zu versetzen. Seiner Darstellung zufolge, scheint der letztere Staat überhaupt an der ganzen Verwicklung Schuld zu sein und nicht der Capitän des „Wassuchetts“.

†† Kraukau, 25. November.

Die in Dresden (Schönfeld's Buchhandlung 1863) erschienene Schrift „Anleitung zur Ertheilung des Turnunterrichts von Dr. Moriz Klotz“ wurde vom k. k. Staatsministerium denjenigen Volksschulen, an denen der Turnunterricht betrieben wird, zur Anschaffung empfohlen.

Die „Lemb. Ztg.“ vom 25. Nov. bringt nachstehendes Verzeichniß der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Neu-Sandec im Monate October 1864 erfolgten und rechtskräftig gewordenen Aburtheilungen.

Wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe.

1. Franz Kasztelewicz, Fleischhackergeselle, 19 J. alt, aus Neu-Sandec, zu 14wöch. Kerker.

Wegen Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit.

2. Marianna Baika, Grundwirthin, 40 J. alt, aus Podobin, zu einem durch 2mal. Fasten in der Woche verschärften Kerker von 8 Tagen. — 3. Sebastian Baika, Maurer und Grundwirth, 40 J. alt, aus Niezwiedz, bei Anwendung der §§. 92 und 125 zu einem durch 2mal. Fasten in jeder Woche verschärften Kerker von 4 Wochen.

Wegen Vergehens gegen öffentliche Anstalten und Vorkehrungen.

4. Joseph Göra aus Falkowa, Tagelöhner, 39 J. alt,

zu 10täg. Stockhausarrest. — 5. Aball. Gasienica, 16 J. alt, aus Zafopane, zu 8täg. Stockhausarrest. — 6. Johann Sufienik aliter Gargus, 30 J. alt, aus Krosienko, — 7. Johann Stabas, 25 J. alt, aus Lago, — 8. Johann Wiater aliter Turka, 30 J. alt, aus Zarzyce, diese drei Inquisiten jeder zu einem durch 2mal Fasten in jeder Woche verschärften Stockhausarrest von 14 Tagen. — 9. Clementine Musial, Schneidersgattin, 30 J. alt, aus Gortice, zu 8täg. Arrest, im Wege der Gnade auf 12 Stunden herabgesetzt. — 10. Katharina Szczypanik, Grundwirthsgattin, 30 J. alt, aus Strozowka, zu 4täg. Arrest, im Wege der Gnade die Strafe gänzlich nachgelassen.

Wegen Vergehens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, §. 559.

11. Franz Sander, Zimmermacher, 29 J. alt, aus Podgorze, in Nucyna wohnhaft, — 12. Janaz Piotrowski, Schuster, 19 J. alt, aus Neu-Sandec, diese zwei Inquisiten beide nebst Anrechnung von 2 Wochen ihrer Unterjuchungshaft als Strafe, noch zu einem 14täg. durch 1mal Fasten in jeder Woche verschärften strengen Stockhausarrest.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. d. Beginn 10^{1/2} Uhr. Präsident: Ritter v. Hasner auf der Ministerbank. Der Leiter des Handelsministeriums, Frhr. v. Kalchberg.

Präsident gibt das Resultat der gestern nach der Sitzung vollzogenen Abtheilungswahlen, sowie die Constatirung des Finanz- und des Steuer-Reform-Ausschusses bekannt.

Zur Vertheilung gelangt der von dem Adreßauschuss vorgelegte Entwurf. (Wegen Ueberfüllung des Stiefes müssen wir die Mittheilung seines Wortlautes auf morgen verschieben).

Abg. Professor Herbst beantragt die Regierungs-Vorlage, betreffend die Abänderung des Musterschussgesetzes, dem Anschluß, welcher die Ausdehnung des Markenschusses auf Ausländer berathen soll, zuzuweisen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die beiden anderen Gesegentwürfe, nämlich die Regierungsvorlage, betreffend das dem österreichischen Lloyd für die Besorgung des Seepostdienstes zu leistende Entgelt, und der Gesegentwurf, betreffend die Entrichtung von Hafengebühren, sollen nach dem Antrag des Prof. Herbst aus den Abtheilungen zu wählenden Ausschüssen von je 9 Mitgliedern zugewiesen werden.

Abg. Schindler stellt den Gegenantrag, die den Lloyd betreffende Vorlage einem aus dem ganzen Haus zu wählenden Ausschusse von 9 Mitgliedern zur Vorberatung zuzuweisen.

Das Haus lehnt jedoch das Schindler'sche Amendement ab, und nimmt die Herbst'schen Anträge in ihrer ganzen Ausdehnung an.

Da kein anderer Gegenstand auf der Tagesordnung steht, wird die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung wird auf Dienstag anberaumt. Tagesordnung: Adreßdebatte.

Nachtrag. Aus den Abtheilungen wurden nach Schluß der Sitzung gewählt in den Lloyd-Ausschuss: Dr. Mühlfeld, Skene, Dr. Herbst, Dohlhoff, Czerno, Klein, Lapenna, Kromer und Conti; in den Ausschuss für die Hafengebühren: Hagenauer, Goriup, Nieger, Schlegel, Conti, Richenegg, Begna-Vossedaria, Tomar und Stummer.

Aus den Abtheilungen des Abgeordnetenhauses wurden nach Schluß der Sitzung vom 25. d. folgende Ausschüsse gewählt:

In den Ausschuss für die Regierungsvorlage betreffend die Aufhebung der bisherigen Steuerfreiheit im Lehensgebiete von Aich wurden gewählt: Neumeister, Gschier, Fleischer, Friedenfeld, Kraja, Mende, Hasmann, Wenisch, Mandelblith.

In den Ausschuss für die Regierungsvorlage betreffend den 10perc. Nachlaß an der Steuer für gebrannte geistige Flüssigkeiten, Gorodyski, Dietl, Gidheff, Douber, Krzivanek, Urbna, Proskoweg, Toth, Niese-Stallburg.

In den Ausschuss für die Regierungsvorlage betreffend die Aufhebung der Anordnung des §. 262 der Zoll- und Staatsmonopolordnung: Badofen, Lobniger, Körner, Sigmayer, Suida, Steffens, Sarterl, Roth, Niese-Stallburg.

Der Finanz-Ausschuss hat sich nach Schluß der Sitzung constituirt und zum Obmann: Frhr. v. Pratobera, Obmannstellvertreter: Hofrath Raschek und zu Schriftführern: Stamm, Stummer, Simonowicz gewählt. Der Steuerreform-Ausschuss wählte zum Vorsitzenden: Gf. Urbna, zum Stellvertreter: Gf. Kuenburg und zu Schriftführern: Gull und Fleck.

In der Sitzung des Wogawski-Ausschusses vom 25. d. lehnte das Ministerium die Pflicht einer Rechtfertigung wegen des Ausnahmezustandes in Galizien ab, versprach dagegen, freiwillig thunliche Erleichterungen im Ausnahmezustande eintreten zu lassen.

Die Presse bringt unter der Rubrik „Eingekendet“ eine Zuchtschrift des Reichsrathsabgeordneten Riccabona, in welcher dieser seinem Erstanten darüber Ausdruck gibt, in der „Presse“ die Mittheilung gelesen zu haben, daß er sich „wegen verschuldeter Crida in Untersuchung befinde“. Der Zuchtschrift ist ein Schreiben des Herrn Riccabona an das Reichsrathspräsidium beigegeben, worin derselbe mittheilt, daß er allerdings sich genöthigt sah, das Vergleichsverfahren anzumelden, daß aber sein Vergleichsvorschlag von den Gläubigern mit Befriedigung entgegengenommen wurde, und somit keine Noth davon sein könne, ihn wegen verschuldeter Crida in Untersuchung zu ziehen. Er habe sich deshalb gleichzeitig an das Kreisgericht in Trient gewandt, um eine officielle Ehrenklärung zu verlangen. Die „Presse“ welche diese beiden Schreiben abdruckt, beruft sich ihrerseits auf eine Zuchtschrift des Staatsministeriums, die in das stenographische

Protocoll aufgenommen wurde, und in der es am Schluß heißt, daß „gegen Herrn Riccabona bei dem Untersuchungsgerichte zu Cavalese die strafgerichtliche Untersuchung wegen des Vergehens der verschuldeten Crida nach §. 486 St.-G. anhängig ist.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. Nov. Sr. Majestät der Kaiser empfing heute eine Deputation der Gartenbau-Gesellschaft und nahm deren Bitte um Allerhöchste Genehmigung der Eintragung zum dem Gebäude der Gartenbau-Gesellschaft während entgegen.

Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen ist vorgestern Abends hier angekommen und wurde am Bahnhof vom preussischen Gesandten Baron Werther empfangen. Gestern Vormittags um 11 Uhr wurde der Fürst von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen. Am 12 Uhr stattete ihm der Kaiser einen Gegenbesuch im „Hotel Munsch“ ab. Für Nachmittag war der Fürst zur Hofkapelle geladen. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen stattete heute Sr. Majestät dem Kaiser einen Gegenbesuch ab, dirirte an der Tafel der Frau Erzherzogin Sophie, empfing im Laufe des Tages die Besuche mehrerer Erzherzoge, des Prinzen von Württemberg, des Kriegsministers Ritter v. Franck und des Ministers Grafen Mensdorff, und besichtigte dann das Arsenal und die Equitation.

Die Bulletin über das Befinden bei Ihrer k. Heiligkeit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Elisabeth sind, da dieses ein ganz normales und die neugeborene Erzherzogin gesund ist, geschlossen.

Die „Gen.-Corr.“ schreibt: In mehreren Blättern lesen wir die Mittheilung, daß das Kriegsgesetz gegen die Verbrecher der bewaffneten Insurrection und des Widerstandes gegen die Behörden über alle Provinzen des lombardisch-venetianischen Königreiches verhängt worden sei; wie wir von kompetenter Seite erfahren, bezieht sich die Publicirung des Kriegsgesetzes nur auf die achtzehn Districte der Provinzen Udine und Belluno.

Von den zwischen Dänemark und Deutschland ausgetauschten Friedens-Instrumenten soll in decorativer Hinsicht namentlich das österreichische durch prachtvolle Ausstattung das Auge fesseln. Es ist in rothen Sammt gebunden und auf dem Deckel mit dem österreichischen Adler verziert. Die Rattification ist in lateinischer Sprache und auf der ersten Seite in goldenen Lettern geschrieben, während man sich auf den folgenden Seiten mit goldenen Initialen begnügt. Ein Goldsaum fast die einzelnen Seiten ein. An dem Document hängt das 6" große Reichswappen in vergoldeter Kapsel an zwei goldenen Schnüren mit goldenen Knöpfen. Das Ganze liegt in einem Futteral von grünem gepreßtem Saffian. Das preussische Exemplar ist dem österreichischen ziemlich gleich, nur daß selbstverständlich der preussische Adler auf dem Deckel und an der Kapsel an Stelle des Doppeladlers kam, und Schnüre und Bänder die preussischen Farben zeigen. Dagegen ist das dänische Exemplar von ziemlich einfacher Ausstattung; auch ist es kleiner, als jene beiden. Es ist übrigens auch in rothen Sammt gebunden und steckt in einem rothen Futteral, die Bänder und Schnüre tragen die Farben des Dannebrog. Diesem Exemplar ist zugleich das Protocoll der Rattifications-Auswechslungen beigegeben. Die Rattification ist in dänischer Sprache abgefaßt mit beigegebener französischer Uebersetzung.

Der mexicanische General-Consul Herr Herzfeld erklärt in der „Trierer Zeitung“ in Berücksichtigung der von derselben gebrachten Mittheilungen, die Verschiffung geschehe unter viel günstigeren Verhältnissen als die der französischen Truppen, und unter mindestens eben so günstigen wie der englischen. Sämmtliche Schiffe wurden commissionell untersucht und geeignet befunden, und haben dieselben bereits größere Truppentransporte bewerkstelligt. Die Regefächern für die Mannschaften seien in ihren Dimensionen um 1 Centimeter größer als die im französischen und englischen Auswanderungsreglement. Daß man der Societe transatlantique von den der österr. Concurrenten den Vorzug gab, liegt abgesehen von der größeren Wohlfeilheit des französischen Preises darin, daß der Gesamttransport zwischen 15. Nov. und 1. Januar bewerkstelligt werden mußte, daß hierzu die gleichzeitige Bestellung von mindestens 9—10.000 Tonnen Groß-Register erforderlich waren, während die österreichischen Concurrenten höchstens 3—4000 Tonnen gleichzeitig zur Verfügung zu stellen in der Lage waren.

Deutschland.

Wie die „Schleswig-Volkszeitung“ meldet, wird das Obercommando der vorläufig in den Herzogthümern zurückbleibenden Oesterreicher nach Altona verlegt. Die gegenwärtig stattfindende Naturalverpflegung wird beibehalten und von Altona aus geschickt.

Der Norddeutschen Ztg. schreibt man über den Rückkauf der augustenburgischen Besitzungen: Die in Nov. 1860 zur öffentlichen Auction gestellten, später unter der Hand an den Grafen Witke-Greifeldt zu Gorup auf Fühnen verkauften früheren augustenburgischen Besitzungen, Bischof und Gravenstein mit dem Schlosse Gravenstein und anliegenden Forsten, sind dieser Tage wieder für die Summe von 578.940 Rthlr. dänisch in andere Hände übergegangen. Da die Besitzungen ein integrierender Theil des Gorup'schen Fideicommisses geworden, hatte der Abschluß des Handels Schwierigkeiten, die jedoch am 28. October endlich erledigt wurden. Am 11. December wird dem Vernehmen nach die Ablieferung an den Herrn Ogen auf Augustenburg stattfinden, der den Kauf vermittelt hat. Für wen die Besitzungen gekauft sind, ist noch Geheimniß, doch ist es kaum einem Zweifel zu unterstellen, daß sie wieder in die Hände der Augustenburger gelangen und zwar nenn-

man den Prinzen Christian, der dem Generalcommando des Generals Herwarth attachirt, während des Krieges mehrere Wochen hier wohnte, als den muthmaßlichen künftigen Besitzer. Der Graf Wolke hatte 425.000 Rthlr. für die Güter, das Schloß und die nächstliegenden Hölzungen gegeben, kaufte später noch andere Forsten dazu, so daß incl. Bauten am Schlosse ihm der Besitz etwa 430.000 Rthlr. zu stehen kam. Die Concurrenz eines Hamburger bedingte den noch um 40.000 Rthlr. erhöhten Kaufpreis.

Nach einem Münchener Schreiben der „G.-C.“ dürfte die Ministerkrise endlich ihren Abschluß gefunden haben. Die Unterhandlungen mit Freiherrn v. d. Fordten sind beendet; man hat sich vor wenigen Tagen über das von ihm vorgelegte Programm geeinigt, und der Vorschlag seiner Ernennung zum Minister-Präsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sowie des Ministerialrathes Herrn v. Pferschner zum Handelsminister, liegen zur Unterzeichnung im königlichen Cabinet.

Vom bairischen Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten ist unter dem 8. d. M. folgende Entschliebung ergangen: Bei dem im Laufe des vorigen Monats unter Antheilnahme Baierns zu Berlin stattgehabten Verhandlungen über die Erneuerung, resp. Fortdauer des Zollvereins ist es mit Rücksicht darauf daß der künftige auf Grundlage des preussisch-französischen Handelsvertrages vereinbarte Zollvereinistarif auf die Erzeugnisse aller anderen Länder gleichmäßig angewendet werden soll, allseitig für wünschenswerth bezeichnet worden, daß die Handelsbeziehungen des Zollvereins zu der Schweiz vertragsmäßig festgestellt seien, bevor der neue Tarif in's Leben tritt, und daß zu diesem Behufe die Regierungen von Baiern, Württemberg und Baden mit der Schweiz in Verhandlung treten möchten. Bei diesen Verhandlungen wird im Allgemeinen als leitender Gesichtspunkt zu dienen haben, als Gegenconcession vertragsmäßig von der Schweiz nicht nur die von derselben in dem jüngst abgeschlossenen Handelsvertrage mit Frankreich an daselbst gemachten Zugeständnisse gleichmäßig zu erhalten, sondern dem Zollvereine auch weitere für wünschenswerth zu erachtende Verkehrsvereinfachungen zu sichern, wobei der Grundlag der beiderseitigen Behandlung der gegenseitigen Ein- und Ausfuhr auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation (jedoch unbeschadet derjenigen Beschränkungen, welche dieser Grundlag durch die noch in Aussicht genommenen Verhandlungen mit Frankreich zu Gunsten Oesterreichs erfahren dürfte) selbstverständlich — wie in Frankreich — zuzugesehen sein wird. Am nun für die in Rede stehenden Verhandlungen das erforderliche Material vorbereiten zu können, werden die Handels- und Fabrikräthe aufgefordert, allenfallsige Wünsche und Anträge, welche im Interesse der bairischen Industrie zu berücksichtigen sein würden, unverweilt mit der erforderlichen Begründung einzureichen.

Aus verlässlicher Quelle geht der „Schles. Ztg.“ folgendes zu: Der Münchener Correspondent der „Kreuz-Ztg.“ scheint nicht immer genau unterrichtet zu sein, wie er dieses in seiner Nachricht in Nr. 273 der „Kreuz-Ztg.“ bewiesen hat. Er schreibt: Für Herrn v. Dönniges hat das Lassalle'sche Duell keine anderen Folgen gehabt, als einen Wohnungswechsel, indem Herr v. D. nicht mehr in Genf, sondern in Bern wohnen wird, diejenige Person aber — schreibt der Correspondent — welche die unmittelbare Veranlassung zu dem unglücklichen Duell gab, kehrt nicht mehr nach der Schweiz zurück. Herr v. Dönniges ist aber bereits vor 14 Tagen nach seinem früheren Wohnort Genf zurückgekehrt und bleibt auch dort bis zum Frühjahr wohnen, wo er dann für den Sommer an den Thuner See übersiedeln wird. Fräulein v. Dönniges dagegen ist, den Bitten ihrer in München wohnenden Schwester, der Gräfin Kayserling nachgebend, für den Winter in München geblieben. Ebenso falsch sind die Nachrichten über die eventuelle Auslieferung des Herrn Rakowicz von Seiten der bairischen Regierung an die Schweiz. Nach dem unglücklichen Lassalle'schen Duell flüchtete Herr v. R. nicht nach München, sondern ging zu seinen Eltern nach Bukarest, von wo er vor Kurzem seiner Braut in München einen 14tägigen Besuch machte. Jetzt weil Herr v. Rakowicz in Paris.

Die Kurhessische Kammer hat eine Adresse an den Kurfürsten beschlossen.

Nach der „Spener'schen Ztg.“ wird voraussichtlich am 18. December, wo sämmtliche Truppen, welche am Kriege theilgenommen haben, in ihre Garnisonen zurückgekehrt sind, die Siegesfeier in sämmtlichen Landeskirchen stattfinden.

Kaiser Alexander, meldet man aus Berlin, 25. d., wird nach Nizza reisen und am 2. December hier eintreffen.

Der Berliner Volenproceß. Sitzung vom 24. November. Die Staatsanwaltschaft beantragt ferner: gegen den Particular Witold von Kostowski zu Kaschow, den Gutsbesitzer John Ladislaus von Blochowski aus Posen, den Gutsbesitzer John Labialaus von Karnicki aus Gzadow, den ehemaligen Rittergutsbesitzer Stefan von Jarzowski aus Wyrzyl, den Forstingenieur Vitalis Walter aus Wronomy, den Landwirth Witold von Chodack aus Kozmin, den Rittergutsbesitzer Jdeons von Sellokowski aus Wiza und den Wirthschaftsbesitzer Kasimir von Milowski aus Wileza das Nichtschuldige.

Angeklagter Dr. von Niegolewski: Nachdem der Oberstaatsanwalt gegen diejenigen, welche in Polen gekämpft hätten, das Nichtschuldige beantragt habe, sei er nunmehr in der Lage, Zeugen darüber vorzuschlagen, daß er, wie er bereits früher behauptet, als einfacher Combattant nach Polen gegangen sei. Die Behauptung des Oberstaatsanwalts, daß er dem Taczanowski gegenüber eine höhere Stellung eingenommen habe, könne er durch Thatfachen widerlegen. Daß er legal gefandelt und sich dadurch bemerklich gemacht habe, daraus folgere die Staatsanwaltschaft,

daß er zum Comité gehört habe, und habe deshalb den Antrag auf seinen Tod für gerechtfertigt erachtet. Er sei im Stande, gegen diesen Schluß und diese Verächtlichung Beweise beizubringen und behalte sich dieselben vor.

Gegen den Landwirth Adam Jarzembowski, Kriegscommissar, beantragt Staatsanw. Mittelsädt 6 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer. Rechtsanw. Holtzoff trägt auf Nichtschuldigkeit an. — Den Rittergutsbesitzer Grafen Stanislaus Gzarnecki aus Patoslaw erachtet der Oberstaatsanwalt für überführt, Kriegscommissar gewesen zu sein und an der Slabeszwor Expedition theilgenommen zu haben, und beantragt daher gegen ihn 10 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht auf gleiche Dauer. Rechtsanw. Lent vertheidigt den Angeklagten und beantragt Freisprechung des Rittergutsbesizers und Landchaftsraths a. D. v. Biociszewski aus Gielowice und des Gutsbesizers Hippolyt v. Szczawinski aus Brylewo, worauf die Sitzung um 3 Uhr geschlossen wird. Nächste Sitzung Freitag halb zehn Uhr.

Sitzung vom 25. November. Der Staatsanwalt beantragt gegen den Gutspächter Thaddäus von Braunel aus Bojanice 10 Jahre Zuchthaus; gegen den Rittergutsbesitzer Severin von Radoski das Nichtschuldige; gegen den Propst v. Sarcchowski aus Pogorzella 15 Jahre Zuchthaus; gegen den Rittergutsbesitzer Kaufin v. Radoski aus Ninino das Nichtschuldige; gegen den Gutsbesitzer Josef v. Wierzbinski aus Wlofno 6 Jahre Zuchthaus und gegen den Rittergutsbesitzer Josef von Milgeli aus Nieszawa 15 Jahre Zuchthaus. Um halb ein Uhr tritt eine Pause ein. Der Staatsanwalt beantragt ferner: gegen den Rittergutsbesitzer Napoleon v. Refowski 10 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht; gegen den Gutsbesitzer Maximilian von Radzinski dieselbe Strafe; gegen den Rittergutsbesitzer Anastasius von Radoski aus Krzeslice das Nichtschuldige; gegen den Wirthschaftsbeamten Josef v. Pradzinski aus Staw 6 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht. Der Rechtsanw. Deyds vertheidigt und hebt besonders hervor, daß das Posener Comité, welches von der Anlage als der Mittelpunkt des ganzen hochverrätherischen Unternehmens betrachtet werde, nicht aus dem Aufstande hervorgegangen, sondern erst ins Leben getreten sei, als der Aufstand in Rußland bereits in voller Blüthe stand.

Schließlich beantragt die Staatsanwaltschaft gegen den Rittergutsbesitzer Valerian v. Gulewicz aus Modziejewicz 10 Jahre Zuchthaus und Polizeiaufsicht. Rechtsanw. Holtzoff vertheidigt. — Schluß der Sitzung halb 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag halb 10 Uhr.

[Lassalle's Testament.] Zur Universalerin seines Vermögens, dessen Höhe nicht angegeben, auch, soweit es den Baarbestand betrifft, noch nicht ermittelt ist, hat Lassalle seine Mutter, die Wittve Lassalle in Breslau, eingesetzt, außerdem aber so viel Legate testirt, daß sein Vermögen sehr groß sein muß, wenn seine Mutter von ihrer Erbenschaft einen Genuß haben soll. Lebenslängliche sehr bedeutende Renten hat Lassalle der Gräfin Hagfeld, dem Obersten Rüstow, dem Assessor Lothar Bucher, einem Studenten Alexi, dem von ihm zum Nachfolger als Präsident des deutschen Arbeitervereins vorgeschlagenen Becker und diesem Verein selbst vermacht. Für die Zwecke des Letzteren sollen jährlich 500 Thaler verwendet werden. Auch über seine sehr werthvolle Bibliothek, über einige sehr werthvolle Statuetten und über seine hinterlassenen Schriften hat er verfügt. Letztere soll sämmtlich die Gräfin Hagfeld erhalten, davon aber den für die Oeffentlichkeit bestimmten Theil an den Assessor Bucher ausshändigen. Auf Grund dieses Testaments haben nun die Testament-Executoren Holtzoff und Bucher in Gemeinschaft mit der Haupterin, der Gräfin Hagfeld, eine Arrestklage gegen die Mutter des Lassalle und dessen Schwester die Banquier'sche Freiin in Wien, angehängt. Der Arrestrichter fand in der Wohnung den Bevollmächtigten der genannten Verwandten des Erblassers, den Kammerherrn v. Türk, und fast den ganzen Nachlaß bereits in 37 Kisten verpackt, um ihn an seine Vollmachtgeber abzugeben. In der Arrestklage, über welche bereits in den nächsten Tagen öffentlich verhandelt werden wird, ist behauptet, daß die Verklagten sich, obwohl sie von der Existenz des Testaments, in welchem die Schwester Lassalle's gar nicht einmal genannt worden, Kenntniß gehabt, auf Grund eines vom hiesigen Stadtgericht in Folge ihrer Angaben erlangten Erblegitimationsattestes in den Besitz des Nachlasses zu Unrecht gesetzt hätten und, nachdem die Nachlaßabtheilung des Stadtgerichts den Antrag der Kläger, den Nachlaß gerichtlich in Beschlag zu nehmen und zu reguliren, zurückgewiesen, weil derselbe bereits von den legitimirten Erben in Besitz genommen worden, Gefahr vorhanden sei, daß der ganze Nachlaß, von dem bereits ein Theil fortgeschafft worden, abhanden und ins Ausland gekommen sei. Der Proceßrichter scheint, da er den Arrest angelegt hat, wenigstens vorläufig derselben Ansicht zu sein. Die Gräfin Hagfeld wohnte der Vertheilung des Nachlasses ihres verstorbenen Freundes bei.

Frankreich.

Paris, 25. November. Versigny's Brief an Girardin ist noch nicht erschienen; einige Stellen sind indessen bekannt geworden. Sie lauten: „Ihre Grund-Idee verdient ernsthafte Erwägung, und wie ich glaube, triumphiren.“ Ferner: „Ich würde jetzt wenig geneigt sein, das gegenwärtige Preßsystem ohne wesentliche Modificationen aufrechtzuerhalten.“ Versigny soll dem Kaiser auf dessen Straf-Epistel geantwortet haben, jedoch ohne günstige Wirkung. — Graf Faunay, im Begriffe, seinen Botschafterposten in Petersburg anzutreten, befindet sich auf dem Punkte, von Paris nach Turin zu reisen, und hat für diese Specialendung bereits die nöthigen Instruktionen erhalten. Nach der Börse erhob sich ein sehr unverschämtes auftretendes Gerücht, daß Drouyn de Lhuys durch Lavalette und der Justizminister Baroche durch Delange werde erlegt werden. — Im Proceß der Dreizehn, der mit Aufmerksamkeit verfolgt wird, hat die Rede des Herrn Garnier-Pages Aufsehen erregt. Die Regierung wird sich durch diesen Versuch kaum genügt haben. — Vice-Admiral Reynaud, welcher das französische Evolutions-Geschwader an der amerikanischen

